

LINKE ALTERNATIVEN FÜR WIEN

Österreich ist das fünftreichste Land der EU. Doch schon bevor die Finanz- und Wirtschaftskrise Europa und Österreich erfasste, war der Reichtum sehr ungleich verteilt. Schon damals war Realität, dass ein Prozent der Bevölkerung über ein Drittel des gesamten Vermögens verfügte.

Einer winzigen Minderheit von MillionärInnen stehen mehr als eine Million arme und armutsgefährdete Menschen gegenüber. In Wien, so die Zahlen der Statistik Austria, waren schon 2010 rund 300.000 Personen bzw. 18,3 Prozent der Bevölkerung arm oder armutsgefährdet.

Bei Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen bis 26 Jahre beträgt die Armutsgefährdung in Wien gar 24 Prozent.

Deutliche Unterschiede im Lebensstandard zeigen sich sowohl nach der Staatsbürgerschaft als auch nach in Österreich geborenen StaatsbürgerInnen und eingebürgerten ÖsterreicherInnen. Die Armutsgefährdungsquote beträgt bei in Österreich geborenen Personen 10 Prozent, bei eingebürgerten ÖsterreicherInnen aus Nicht EU-EFTA-Staaten aber 26 Prozent.

In Österreich lebende Menschen mit türkischer Staatsbürgerschaft haben eine Armutsgefährdungsquote von 46 Prozent, andere Drittstaatsangehörige gar von 57 Prozent.

Verschärft wird die Situation aufgrund zweier Belastungspakete, mit welchen die Regierung die Kosten für die angebliche Sanierung der Wirtschaftskrise auf die breite Masse der Bevölkerung abgewälzt hat. Womit Öl ins Feuer gegossen wird und die Krise sich verschärft, wie auch die Entwicklungen in Griechenland, Italien oder Spanien zeigen.

Die Zahl der Menschen, die trotz Arbeit nicht genug zum Leben haben, steigt. Hauptbetroffene sind Frauen: Sie leisten zwei Drittel der gesellschaftlich notwendigen Arbeit - doch nach wie vor liegen Frauenlöhne ein Drittel unter denen der Männer, damit verbunden sind negative Auswirkungen auf die Teilhabe am Sozialsystem.

Uns ist bewußt, dass die Ursache der Misere der Kapitalismus ist, der überwunden werden muss. Wer links politisch tätig ist, der/die muss aber Wege hin zur Errichtung einer neuen, anderen, einer solidarischen Gesellschaft skizzieren, der/die muss ein Forderungsprogramm entwickeln und dafür kämpfen, Verbesserungen für Menschen zu bewirken.

In diesem Sinne wollen wir Kommunisten und Kommunistinnen unser Forderungsprogramm „Linke Alternativen für Wien“ verstanden wissen.

Arbeit neu verteilen - das umlagefinanzierte Pensionssystem sichern

Die Lebensumstände für zehntausende Menschen werden auch im reichen Wien immer prekärer. Auch Erwerbsarbeit schützt nicht vor Armut – die Zahl der Working Poor, jener Menschen, die trotz Erwerbstätigkeit kaum über die Runden kommen, steigt. 450.000 Vollzeitbeschäftigte und 199.000 Teilzeitbeschäftigte sind - vor der Berücksichtigung von Pensionen und Sozialleistungen – in Österreich armutsgefährdet. Oder anders ausgedrückt. 16 % der Vollzeit-Erwerbstätigen und 24 % der Teilzeit-Erwerbstätigen sind trotz einer bezahlten Erwerbsarbeit armutsgefährdet.

Wir stehen für die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Reproduktionsarbeit für Frauen und Männer sowie für die Umverteilung und Neubewertung von Erwerbs- und Familienarbeit zwischen den Geschlechtern.

Gegen die wachsende Armut ist – so unsere Meinung - ein von Erwerbsarbeit unabhängiges bedingungsloses und existenzsicherndes Grundeinkommen notwendig.

Wir fordern die sofortige generelle Arbeitszeitverkürzung ohne weitere Flexibilisierung auf 30 Stunden bei vollem Lohnausgleich als ersten Schritt, um Arbeit neu zu verteilen.

Wir fordern eine aktive Lohnpolitik, die Inflation und Produktivitätswachstum berücksichtigt und die Einkommensunterschiede verringert sowie einen gesetzlichen Mindeststundenlohn von zehn Euro.

Das Arbeitslosengeld muss erhöht und auf die Dauer der Arbeitslosigkeit verlängert werden, Restriktionen gegen Arbeitslose müssen beseitigt werden.

Wir sagen: die besten 15 Jahreseinkommen sind wiederum als Berechnungsbasis für die Pension heran zu ziehen. Bildungszeiten müssen als Beitragszeiten anerkannt werden. Trotz der Verschlechterungen im bestehenden ASVG ist ein Zurück vom Allgemeinen Pensionsgesetz (APG) in dieses anzustreben.

Wir fordern die jährliche Valorisierung der Pensionen, wobei neben der Teuerung auch der Produktivitätszuwachs abzugelten ist.

Keine Verschlechterung bei der Invaliditätspension für die unter 50 Jährigen und Nein zu deren Ansiedelung beim AMS.

Wir fordern die Absenkung des Pensionsalters und die Schaffung einer bedingungslosen und somit echten existenzsichernden Mindestpension für alle, die es zur Zeit nicht gibt.

Unser Finanzierungsvorschlag: Steuern für Reiche und Konzerne einführen bzw. erhöhen. Maßnahmen, die das Ausweichen auf Steueroasen verhindern.

Rund 80 Prozent der Steuereinnahmen der Republik entfallen auf „Massensteuern“ und die Einnahmen aus der Lohnsteuer. Wir verlangen die progressive Besteuerung von Vermögen, Gewinnen und Zinserträgen. Eine Flat-Tax, d.h. ein einheitlicher Steuersatz für Unternehmen, Vermögende und Erwerbstätige lehnen wir ab, da solch eine Steuervereinheitlichung nur Vermögenden nützt.

Wir fordern eine sofortige soziale Lohnsteuerreform, die kleine und mittlere Einkommen entlastet statt Rettungsschirme für die Banken, die sich verspekuliert haben.

Wir fordern Sozialversicherungspflicht für alle Beschäftigungsverhältnisse und die Abschaffung der Selbstbehalte im Gesundheitswesen.

Wir fordern die Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel, Mieten, Betriebskosten, kommunale Gebühren und Medikamente und sonstige von der Krankenversicherung nicht übernommene von Ärzten verordnete Gesundheitsleistungen.

Wir fordern die Anhebung der Körperschaftssteuer und eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes.

Wir fordern die Wiedereinführung der Vermögens- und die Wiedereinführung der Erbschaftssteuer bei entsprechenden Freigrenzen. Laut Berechnungen der Arbeiterkammer würde eine Vermögenssteuer - selbst bei einem Freibetrag von rund 1 Million Euro – Jahr für Jahr fast 5 Milliarden Euro erbringen. Wobei im AK-Modell der Höchststeuersatz nur lächerliche 1,5 Prozent betragen würde.

Wir treten für die Auflösung der steuerschonenden Privatstiftungen ein.

Wir fordern die Umstellung der Arbeitgeberbeiträge zur Sozial- und Pensionsversicherung auf eine Wertschöpfungsabgabe – dies würde kapitalintensive Unternehmen wie Banken, Versicherungen oder große Konzerne stärker in die soziale Pflicht nehmen. Kleine und mittlere Unternehmen, Gewerbetreibende aber auch so genannte Ich-AGs würden dadurch deutlich entlastet.

Wir fordern die Besteuerung von Kapitalspekulationen und Devisentransaktionen und die Schließung aller Steueroasen - egal ob es sich um die Cayman Islands, Österreich oder die Steueroasen in Delaware handelt.

Wir sind für die Abschaffung des Bundesheeres, weder Wehrpflicht noch Berufsheer. Für den Einsatz zur Katastrophenhilfe und für den Sozialdienst braucht man kein Bundesheer, das Milliarden kostet und die nutzlose Vergeudung von Lebenszeit junger Menschen bedeutet. Die Sicherheit unseres kleinen Österreichs kann nur durch eine aktive

Friedenspolitik, einen aktiven Beitrag zur allgemeinen Abrüstung und zur friedlichen Lösung von Konflikten gewährleistet werden. Jede Teilnahme an militärischen Einsätzen, wie der Battlegroup und sogenannten friedenssichernden Einsätzen untergräbt unsere Neutralität weiter. Die ersatzlose Abschaffung des Bundesheeres erbringt jährlich Einsparungen von über 2 Milliarden Euro.

Wohnen ist ein Menschenrecht

Vor 100 Jahren wurde als Ergebnis des spontanen Kampfes der Menschen gegen das ungläubliche Wohnungselend in Wien die erste Kampforganisation der MieterInnen gegründet und in der Folge weitreichende Schutzrechte auf dem Wohnungsmarkt erreicht. Der private Wohnungsbau kam zum Erliegen. Das war dann in der Konsequenz die Geburtsstunde des kommunalen Wohnungsbaus in Wien. Im Gegensatz zu den positiven Erfahrungen aus den 1920er Jahren, waren sämtliche Gesetzesreformen seit dem Mietrechtsgesetz 1982 deutlich von der Absicht des Gesetzesgebers geprägt, Privatkapital für den Wohnungsbau zu mobilisieren.

Besonders die Gesetzesänderungen durch das 3. Wohnrechtsänderungsgesetz 1994, wo die Befristungen von Mietverträgen und die sogenannten Richtwertmieten eingeführt wurden, haben zu den heutigen katastrophalen Zuständen auf dem Wohnungsmarkt geführt. Selbst der öffentlich geförderte Wohnungsbau bringt keine Entlastung für Wohnungssuchende und MieterInnen. Nicht genug damit hat die Stadt Wien seit 2004 keine einzige Wohnung mehr in ihrem Eigentum errichtet.

Heute stehen wir daher wieder vor dem Problem, dass die aktuelle Wohnpolitik im Zusammenspiel mit den Entwicklungen am Wohnungsmarkt in WIEN zusätzlich zu verschärfter sozialer Ausgrenzung und zu einer Verschlechterung der Lebenssituationen für viele Haushalte führt, was mehr und mehr soziale Konflikte hervorruft. In Wien steigt die Anzahl der Delogierungen an.

Zusätzlich machen die hohen Einstiegskosten in den Wohnungsmarkt (Provisionen, Kautionen) die Anmietung einer Wohnung immer weniger leistbar. Besonders junge Menschen (Lehrlinge, Studierende) und Alleinerzieherinnen stehen vor unlösbaren Problemen. Die Wohnungspolitik liefert sie dem privaten Wohnungsmarkt mehr oder weniger schutzlos aus. Die in der Regel nur noch befristeten Mietverträge lassen die Mieten explodieren. Diese Politik muss ein Ende haben!

Die KPÖ-Wien fordert daher als erste Maßnahmen:

- *Keine Delogierungen von Wohnungen in der Jahreszeit Anfang Oktober bis Ende März*
- *Keine Sperrung der Energiezufuhr für Haushalte und Wohnungen von Oktober bis Ende März*
- *Weg mit den Einstiegskosten (Provisionen, Kautionen) in den Wohnungsmarkt!*
- *Keine Mietzinse über den gegenwärtigen Richtwertmietzins. Keine Zuschläge!*
- *Rückkehr zum Kategoriemietsystem*
- *Alle Wohnungen sollen dem Mietrecht unterliegen*
- *Keine befristeten Vermietungen*
- *Wiederaufnahme des kommunalen, sozialen Wohnungsbaus durch die Gemeinde Wien*
- *kein Verkauf von Wohnungen im öffentlichem Eigentum*
- *Sanierungskosten dürfen nicht weiterhin zu 100% auf die MieterInnen überwältzt werden. Unser Vorschlag: je ein Drittel Förderung, ein Drittel EigentümerInnen und nur ein Drittel soll von den MieterInnen getragen werden.*
- *Bundesweite Heizkostenzuschüsse*
- *Entkoppelung der Mieten vom Index*
- *Stopp der Gebühren-Erhöhungen bei kommunalen Dienstleistungen*
- *Wohnbeihilfe für alle Haushalte, wo mehr als ein Drittel des Haushaltseinkommens für die Wohnung ausgegeben wird.*
- *Sämtliche wohnrechtliche Verfahren, sowie gerichtliche Kündigungen und Besitzstörungsklagen sind kostenlos durchzuführen.*

Für freie und kostenlose Bildung für Alle

Hochwertige Bildung muss für alle zur Verfügung stehen und kostenlos sein. Das reicht vom Kindergarten über alle Bildungsstufen bis zur vollständigen Abschaffung von Zugangsbeschränkungen und Studiengebühren an den Universitäten.

Erforderlich ist ein flächendeckendes Netz kostenloser Kinderbetreuungseinrichtungen von der Krippe bis zum Hort. Kinder haben Rechte und Kinder müssen gleichberechtigt groß werden können, dazu fordern wir ein Kindergrundeinkommen in Höhe der verdoppelten Familienbeihilfe.

Wir fordern umfassende Investitionen in die Schulen und eine einheitliche Gesamt- und Ganztagschule aller bis zum Ende der Schulpflicht mit 16 Jahren.

Wir fordern kleinere Schulklassen und die Förderung der Mehrsprachigkeit der Kinder. Dazu muss u.a. das System der BegleitlehrerInnen ausgebaut werden.

Wir fordern die Anhebung der Ausbildung aller LehrerInnen und aller Kindergarten-PädagogInnen auf Universitätsniveau und eine Entlohnung, die der Bedeutung dieser für die Gesellschaft enorm wichtigen Arbeit entspricht.

Die Unterordnung der Wissenschaft und Forschung unter Kapitalinteressen muss beendet werden. Wir stehen für den Ausbau der Hochschulen und die Gebührenfreiheit von Schulen und Hochschulen, d.h. Studiengebühren, Studienplatzbeschränkungen und Knock-out-Prüfungen lehnen wir ab.

Zudem fordern wir mehr Mitbestimmungsrechte in Schule, Betrieb und Universität und den Schutz und Ausbau bestehender Rechte.

Wir fordern eine stärkere Kontrolle dazu, ob Betriebe Lehrlinge auch wirklich ausbilden oder ob Lehrlinge nur als billige Arbeitskräfte missbraucht werden.

Wir fordern die Erhöhung der Lehrlingsentschädigungen, die lächerlich gering sind – so verdienen z.B. Lehrlinge im zweiten Lehrjahr im Bereich des Großhandels lächerliche 602,- Euro brutto im Monat. Die Lehrlingsentschädigung für Friseure im zweiten Lehrjahr hat in Wien im Jahr 2011 gar nur lächerliche 440,- Euro brutto pro Monat betragen.

Diese Stadt gehört uns allen -

Was alle brauchen muss auch allen gehören

Die Versorgung der Menschen mit Wasser, Strom, Gesundheitsversorgung, Bildung und öffentlichen Transportmitteln ist eine gesellschaftliche Aufgabe, die nicht vom Geldbeutel abhängen darf. Daher kämpfen wir gegen die Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge, die in Wien in Form von Ausgliederungen vorbereitet und durchgeführt wurde.

Wir verlangen eine Ausweitung der öffentlichen Verkehrsmittel verbunden mit einem sofortigen Nulltarif auf allen Öffis.

Gratis-Öffis sind realisierbar und nicht nur eine große finanzielle Erleichterung für Menschen ohne dicke Geldbörse. Gratis-Öffis würden ein noch stärkeres Umsteigen vom Auto auf die Öffis bewirken. Das wäre ein wirksamer Beitrag zum Klimaschutz und ein Schritt dazu, Österreich vor weiteren Strafzahlungen wegen Überschreitung der Klimaschutzziele zu bewahren.

Eine kostenlose Energiegrundsicherung (jeder Haushalt erhält ein kostenloses Kontingent an Energie, der über die Grundsicherung hinaus gehende Energieverbrauch wird progressiv besteuert) wäre von Wien-Energie, sofern gewollt, auch im Alleingang realisierbar.

Strom- und Gasabschaltungen bei Privathaushalten (aufgrund von Zahlungsschwierigkeiten) lehnen wir ab, da Wien-Energie jährlich satte Gewinne einfährt.

Notwendig sind weiters ein Umdenken in der Energiepolitik, eine klare Absage an das Atomprogramm der EU und der Ausstieg aus dem Euratom-Vertrag. Statt des Handels mit Emissionszertifikaten im Rahmen des Kioto-Abkommens sind wirksame Maßnahmen zur Senkung der CO²-Belastung erforderlich.

Frauenrechte sind nicht verhandelbar

Frauen leisten Zweidrittel der gesamtgesellschaftlich notwendigen Arbeit, verdienen aber um ein Drittel weniger. Ein umfassendes Antidiskriminierungsgesetz mit kollektivem Klagerecht ist nötig.

Wir fordern den Ausbau unabhängiger feministischer Frauen- und Mädchenberatungseinrichtungen sowie von Interventionsstellen gegen Gewalt und umfassende Unterstützung von Frauenhäusern.

Wir fordern die Einrichtung eines unabhängigen Wiener Frauenrates, der aus Vertreterinnen dieser Frauen- und Mädcheneinrichtungen besteht.

Es ist dafür zu sorgen, dass Frauen – unabhängig von ihrer konkreten Lebenssituation - einen eigenen Pensionsanspruch erwerben können.

Wir fordern die Verankerung des Rechts auf Schwangerschaftsabbruch im Gesundheitsrecht und die ersatzlose Streichung der entsprechenden Paragraphen im Strafgesetzbuch.

Schwangerschaftsabbrüche sollen kostenlos in allen öffentlichen Spitälern mit gynäkologischen Abteilungen durchgeführt werden können.

Schutz vor radikalen AbtreibungsgegnerInnen muss durch entsprechende Schutzzonen rund um Ambulatorien gewährt werden.

Demokratie – Gleichberechtigung – Selbstbestimmung

Die Bevölkerung in Wien ist multiethnisch, doch durch rassistische Gesetze werden Nicht-StaatsbürgerInnen vielfach diskriminiert. Nicht-StaatsbürgerInnen verdienen deutlich weniger. Zugleich ist die Armutsgefährdung von Menschen ohne österreichische Staatsbürgerschaft deutlich höher. Durch illegale Beschäftigung produzieren Unternehmen Lohndruck, der auf alle Bereiche der Wirtschaft wirkt. Daher fordern wir gleiche soziale und politische Rechte (inkl. dem Wahlrecht) für alle Menschen, die in Österreich leben – unabhängig von der Staatsbürgerschaft.

Wir fordern den Zugang zu Gemeinde- und Genossenschaftswohnungen – unabhängig von der Staatsbürgerschaft.

Die Diskriminierung am Arbeits- und Wohnungsmarkt und bei der Bildung muss über pädagogische und rechtliche Schritte bekämpft werden.

Wir verteidigen das Menschenrecht auf Asyl, denn Flucht ist kein Verbrechen.

Wir fordern die Abschaffung der unmenschlichen Schubhaft.

Der Arbeitsmarkt muss für AsylwerberInnen geöffnet werden.

Die menschenverachtenden Anhaltelager in den EU-Küstenstaaten sind aufzulösen. Offene Grenzen für die Menschen statt freier Verkehr für das Kapital!

Wir fordern die Abschaffung aller Sperrklauseln im Wahlrecht, die Überarbeitung der undemokratischen Wiener Stadtverfassung und Überlegungen und Vorschläge, die ein mehr an Partizipation aller Bürger und Bürgerinnen ermöglichen.

Die Entwicklung zum Überwachungsstaat muss gestoppt werden. Wir fordern die Rücknahme des Sicherheitspolizeigesetzes, des Militärbefugnisgesetzes und der

Vorratsdatenspeicherung. ACTA und andere Ideen zur Kontrolle des freien Informationsflusses lehnen wir ab.

Wir sagen: Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen. Wir fordern die strikte Anwendung des NS-Verbotsgesetzes. Offene und versteckte Neonazi-Aktivitäten oder die Verherrlichung von NS-Verbrechern darf in Wien keinen Platz haben – daher darf der WKR-Aufmarsch, egal unter welchem Namen, nicht hingenommen werden, daher braucht es in Wien auch endlich ein Denkmal für all jene, die aus der verbrecherischen Deutschen Wehrmacht desertiert sind.

Schlussbemerkungen

Die KPÖ ist seit Gründung der Europäischen Linkspartei 2004 in der EL für eine intensivere Zusammenarbeit der europäischen Linkskräfte tätig. Wir sind für EU-weite Angleichung der Sozialstandards auf dem jeweils höchsten Niveau und wir fordern die Aufhebung des EU-Fiskalpakts.

Wir engagieren uns zugleich für eine möglichst enge, konkrete Zusammenarbeit der Linksparteien innerhalb der EU sowie im gesamten europäischen Raum mit dem Ziel, das Europa der Konzerne und Generäle in ein soziales, ein demokratisches, ökologisches und friedliches Europa zu transformieren. Dazu müssen die Linksparteien in den jeweiligen Nationalstaaten in- und außerhalb der Parlamente stärker werden und zugleich ihre internationale Kooperation ausbauen.